



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Stefan Schuster SPD**

Impfgeschädigte brauchen Unterstützung: Post-Vac-Ambulanz an bayerischer Uniklinik einrichten, Versorgung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- an einer Universitätsklinik im Freistaat eine Post-Vac-Ambulanz einzurichten oder
- die bestehenden Long-Covid-Ambulanzen verbindlich zu beauftragen und entsprechend personell und finanziell zu ertüchtigen, damit sich Menschen an sie wenden können, die nach Impfungen gegen das SARS-CoV-2-Virus unter anhaltenden Nebenwirkungen leiden sowie
- den wissenschaftlichen Austausch der Post-Vac-Anlaufstellen mit den auf diesem Feld bisher forschungsaktiven Uni-Kliniken Marburg und Berlin (Charité) zu unterstützen, sodass die Ambulanzen in Bayern an deren Erfahrungen und Erkenntnissen bei Untersuchung und Therapie von Impfschäden anknüpfen können.

Begründung:

Den Angaben des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (StMGP) zufolge sollen sich Impfgeschädigte an die Post-COVID-Ambulanzen der Krankenhäuser Uni Augsburg, LMU München, Nürnberg Nord und Innklinikum Mühldorf wenden können. Berichten der Betroffenen zufolge werden dort jedoch Impfgeschädigte abgewiesen. Die Schaffung eigener Post-Vac-Ambulanzen ist laut Auskunft der Staatsregierung derzeit nicht geplant.

Die Anfang April für das Post-Vac-Syndrom eingerichtete Telefonhotline des StMGP ist seit dem Start überlastet und kann, wie der Staatsminister für Gesundheit und Pflege einräumt, „keine differenzierte medizinische Auskunft geben, sondern soll ein bisschen ein Lotse sein“. Derzeit ist jedoch kein verlässliches Behandlungsangebot in Bayern verfügbar, wenn Haus- und Facharztpraxen nicht weiterhelfen können.

Post-Vac-Geschädigten, die Rat und Hilfe suchen, ist nicht länger zumutbar, dass sie mangels Expertise in Bayern nach Marburg und Berlin verwiesen werden müssen, wo die Wartelisten für Anfragen aus dem ganzen Bundesgebiet seit Monaten im hohen vierstelligen Bereich liegen.